



UNIVERSITÄT
LEIPZIG

PRESSEMITTEILUNG

285/2018

Bereich
Sachgebiet
Verbreitung
Datum
von

Forschung
Politik
Gesellschaft
überregional
7. November 2018
Katarina Werneburg

Medienredaktion
Ritterstraße 26, 04109 Leipzig
www.uni-leipzig.de
presse@uni-leipzig.de
T.: 0341 97-35020 | F.: 0341 97-35029

Fast jeder dritte Deutsche vertritt ausländerfeindliche Positionen, Abwertung von einzelnen Gruppen steigt

Leipziger Autoritarismus-Studie 2018: Langzeitstudie mit aktuellen Ergebnissen zu autoritären und rechtsextremen Einstellungen in Deutschland vorgestellt

Ausländerfeindlichkeit hat in Deutschland erneut zugenommen. Einzelnen ausländerfeindlichen Aussagen, wonach beispielsweise Ausländer den deutschen Sozialstaat ausnutzen oder die Bundesrepublik überfremden, stimmt im Osten fast jeder Zweite zu. Auch im Westen teilt knapp jeder Dritte diese Positionen. Das sind zentrale Ergebnisse der repräsentativen „Leipziger Autoritarismus-Studie“, vormals als „Mitte-Studie der Universität Leipzig“ bekannt. Sie wurde heute (7. November) in Berlin von PD Dr. Oliver Decker und Prof. Dr. Elmar Brähler vom Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung der Universität Leipzig in Kooperation mit der Heinrich-Böll- und der Otto Brenner Stiftung vorgestellt.

„Die Ausländerfeindlichkeit ist im gesamten Land immer stärker verbreitet, das zeigt unsere aktuelle Befragung ganz deutlich“, sagt Studienleiter Dr. Oliver Decker. Insgesamt stimmen 36 Prozent der Deutschen der Aussage zu, dass Ausländer nur hierherkommen, um den Sozialstaat auszunutzen (Ost: 47,1 Prozent, West: 32,7 Prozent). Über ein Viertel würde Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken, wenn in Deutschland die Arbeitsplätze knapp werden (Ost: 32,4, West: 25). Rund 36 Prozent halten die Bundesrepublik durch Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet (Ost: 44,6, West: 33,3). „Damit beobachten wir hohe Zustimmungswerte für die Einstellung, die in der Forschung als ‚Einstiegsdroge‘ in den Rechtsextremismus gilt: Die Hemmschwelle, diesen rechtsextremen Aussagen zuzustimmen, ist besonders niedrig“, so Decker. „Wer rechtsextrem ist, wendet sich heute aber von der CDU und SPD ab“, so Elmar Brähler, „und findet seine neue Heimat bei der AfD.“ Im Vergleich zur letzten Erhebungswelle 2016 ist die geschlossene manifeste Ausländerfeindlichkeit, also der konsequente Zustimmung aller Aussagen, angestiegen (2016: 20,4, 2018: 24,1). Besonders deutlich ist der Zuwachs in Ostdeutschland von 22,7 auf 30,9 Prozent.

Antisemitismus bundesweit leicht rückläufig, Abwertung anderer Gruppen gestiegen

Die aktuelle Studie zeigt außerdem, dass der Antisemitismus weit verbreitet ist. Jeder Zehnte findet ausdrücklich, dass „Juden etwas Besonderes an sich haben und nicht so recht zu uns passen“, zusätzlich stimmen dieser Aussage 20 Prozent latent zu. In Westdeutschland gehen antisemitische Ansichten weiter zurück (2016: 5, 2018: 4,2). In Ostdeutschland steigen die Werte dagegen leicht an (2016: 4,1, 2018: 5,2). „Dennoch stimmen bis zu einem Drittel der Befragten antisemitischen Aussagen zumindest teilweise zu. Unsere Ergebnisse zeigen, dass sich antisemitische Denkmuster nach wie vor in gefährlichen Größenordnungen bewegen“, sagt Dr. Oliver Decker. Zugleich ist die Abwertung von Gruppen angestiegen, die als „fremd“ oder „abweichend“ wahrgenommen werden: Die Aggression gegen Sinti und Roma, Asylbewerber und Muslimen nimmt kontinuierlich zu. „Erschreckend hoch ist die Abwertung von Muslimas und Muslimen angestiegen“, sagt Prof. Dr. Elmar Brähler. Fühlten sich zum Beispiel noch 2010 rund 33 Prozent der Befragten durch die vielen Muslime als Fremde im eigenen Land, sind es 2018 in Ost wie West 55 Prozent. Aus dem Blick gerät häufig auch die massive Abwertung von Sinti und Roma: 60 Prozent der Deutschen stimmen der Aussage, dass Sinti und Roma zur Kriminalität neigen. Im Osten findet diese Position bei fast 70 Prozent Zustimmung.

Autoritäre Dynamiken und Anerkennung als Schlüsselfaktor für rechtsextreme Einstellungen

Für die Wissenschaftler zählt Autoritarismus als Persönlichkeitseigenschaft zu einer der Hauptursachen für rechtsextreme Einstellungen. Menschen mit autoritärem Charakter neigen zu rigiden Ideologien, die es gestatten, sich gleichzeitig einer Autorität zu unterwerfen, an ihrer Macht teilzuhaben und die Abwertung anderer im Namen dieser Ordnung zu fordern. Rund 40 Prozent der Deutschen zeigen Merkmale eines autoritären Typus, nur 30 Prozent sind dagegen ausdrücklich demokratisch orientiert. Autoritäre Aggressionen sind bei 65 Prozent der Deutschen tiefgreifend ausgeprägt: „Den Wunsch, Andersdenkende auszugrenzen, teilen zwei Drittel der Deutschen“, sagt Dr. Oliver Decker. In Ostdeutschland ist er häufiger anzutreffen. Auch die Bereitschaft, sich Autoritäten unterzuordnen, ist hier größer. Knapp 40 Prozent der Ostdeutschen wollen wichtige Entscheidungen Führungspersonen überlassen, im Westen sind es 21 Prozent. Als weiteren Einflussfaktor auf rechtsextreme Einstellungen identifizieren die Forscher die Anerkennung eines jeden Einzelnen als Person und Bürger: Fast 30 Jahre nach dem Mauerfall fühlen sich rund 30 Prozent als Bürger zweiter Klasse, wobei die Ost/West-Unterschiede nur gering sind.

Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie gestiegen

Die gute Nachricht der Studie: Vor allem im Osten ist die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie von 27,3 im Jahr 2006 bis auf 46,9 Prozent heute angestiegen. „Es ist natürlich erfreulich, dass wir hier höhere Zustimmungswerte finden. Andererseits muss es aber zu denken geben, dass mit der tatsächlichen Praxis der Demokratie nur etwa die Hälfte der Befragten zufrieden ist“, sagt Dr. Oliver Decker. Zudem wird die offene Gesellschaft, in der alle Gruppen die gleichen Rechte haben, von 47 Prozent in Frage gestellt. Die Diskrepanz zwischen den Werten sei ein Problem für die repräsentative Demokratie, schreiben die Forscher. „Wir sehen in unseren Analysen, dass das Gefühl, selbst Einfluss auf die Politik nehmen zu können, gering ausgeprägt ist. Wir bezeichnen das als politische Deprivation“, so Decker weiter.

Über die Leipziger Autoritarismus-Studie

Seit 2002 beobachten Wissenschaftler der Universität Leipzig die Entwicklung autoritärer und rechtsextremer Einstellungen in Deutschland. Von 2006 bis 2012 entstanden Studien in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, bekannt als "Mitte-Studien". Seit 2014 führen die Universität Leipzig und die Friedrich-Ebert-Stiftung jeweils eigene Studien durch. In der nunmehr neunten Welle befragten die Leipziger Wissenschaftler im Frühjahr 2018 bundesweit im Paper-to-Pencil-Verfahren 2416 Menschen (West: 1918, Ost: 498) zu den Themen Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Chauvinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus. In diesem Jahr wurden zudem autoritäre Persönlichkeitsmerkmale erfasst. Alle Ergebnisse sind im Buch „Flucht ins Autoritäre“ erschienen. Die aktuelle Studie wurde in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung und der Otto Brenner Stiftung erstellt.

Weitere Informationen sowie das Buch, Fotos und eine Infografik finden Sie unter: uni-

l.de/autoritarismus

weitere Informationen

PD Dr. Oliver Decker

Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung der Universität Leipzig

Telefon: +49 341 97-15441

Mobil: 0176 24821940

E-Mail: oliver.decker@uni-leipzig.de

Web: <http://www.kredo.uni-leipzig.de>

Prof. Dr. Elmar Brähler

Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung der Universität Leipzig

Mobil: 0151 52737886

E-Mail: elmar.braehler@medizin.uni-leipzig.de

Web: <http://www.kredo.uni-leipzig.de>